

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Hausrecht, Polizei- und Ordnungsgewalt: Von der Weimarer über die Preußische zur Hessischen Verfassung	7
§ 2	Begriffliches	13
§ 3	Die Polizeigewalt	18
	I. Inhalt und Ausschließungsfunktion der Polizeigewalt	22
	II. Der Landtag als Träger der Polizeigewalt	30
	III. Die Durchsetzung der Polizeigewalt	32
§ 4	Das Hausrecht	35
	I. Bedeutungswandel durch das Recht der öffentlichen Sachen?	37
	II. Das Hausrecht als Gestaltungsbefugnis oder Abwehrinstrument	39
	III. Das Hausrecht in den Grenzen der autonomen Widmung	43
	IV. Das Hausrecht des Parlamentspräsidenten	46
	A. Beispielsfälle	46
	B. Das bürgerlich-rechtliche Erklärungsmodell	49
	V. Zivil- oder öffentlich-rechtliches Hausrecht?	51
	A. Der Inhalt des Hausrechts	54
	1. Die Wahrnehmung des Hausrechts als verbindliche Interpretation der Widmung	55
	2. Vergabeentscheidungen	56
	3. Widmungsentscheidungen	57
	B. Mögliche Parallelen: Hausverbote vor den Fachgerichten	58
	1. Abwehr öffentlich-rechtlicher Benutzungsansprüche	59
	2. Abwehr von Störungen des Dienstbetriebs	62
	a. Hausrecht nur gegen Außenstehende?	63
	b. Begründungsvarianten	66
	3. Funktionssicherung als öffentlich-rechtliche Aufgabe	69
	VI. Die hausrechtlichen Befugnisse des Landtagspräsidenten	72
	A. Verwaltungsrechtliche Begründungen	72
	B. Die Befugnisse des Landtagspräsidenten	73
	1. Ihr Umfang: Die Autonomie des Hausrechts	74
	2. Öffentlich- und zivilrechtliche Handlungsformen	76
	C. Hausverweis und Hausverbot	78
	1. Der Hausverweis	81
	2. Das Hausverbot	81

a. für nicht Zutrittsberechtigte	82
b. bei Störungen des Dienstbetriebs, Ordnungs- und Ruhestörungen und bei Verletzung der Würde des Hauses	82
3. Die Platzverweisung	85
D. Das Verfahren des öffentlich-rechtlichen Hausverbots	85
1. Formalien	87
2. Inhaltliches	88
a. Sachverhaltsfeststellung, „Störung“ als unbestimmter Rechtsbegriff	88
b. Ermessen, Prävention und Prognose	89
3. Verfassungsgebote Einschränkungen	91
a. Versammlungsrecht	91
b. Petitionsrecht	92
c. Öffentlichkeit der parlamentarischen Verhandlung	92
E. Statusbegründete Einschränkungen	93
1. Abgeordnete, Regierungsmitglieder und ihre Beauftragten	94
2. Abgeordnete und Fraktionen als Hausrechtsinhaber?	94
a. Die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte	95
b. Die Verfassungslage	96
F. Bestand und Durchsetzung des Hausverbots	107
1. Das Entscheidungsmonopol des Präsidenten	107
2. Die Vollziehung	108
G. Straf- und Bußgeldtatbestände	111
1. Hausfriedensbruch (§ 123 StGB)	111
a. Der objektive Tatbestand	111
b. Besonderheiten des öffentlich-rechtlichen Hausverbots	114
c. Der Hausverweis	115
d. Mögliche Adressaten	115
e. Rechtfertigungsgründe	116
f. Strafantrag	117
2. Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans (§ 106b StGB)	117
3. Verletzung der Hausordnung eines Gesetzgebungsorgans (§ 112 OWiG)	121
4. Ordnungsrechtliche Sanktionen	122
Zusammenfassung	123
Literaturverzeichnis	127